

CSI fordert Luftbrücke zwischen Eriwan und Stepanakert



Leere Regale in einem Supermarkt in Stepanakert

Quelle: CSI

Seit einem Monat blockiert Aserbaidschan den Latschin-Korridor. 120'000 Karabach-Armenier sind abgeschnitten vom Rest der Welt. Schulen sind geschlossen, Kinder hungern, Medikamente fehlen, die Energieversorgung stockt.

Seit dem 12. Dezember 2022 sind 120'000 Karabach-Armenier von jeglicher Versorgung von aussen abgeschnitten. Es kommt kein Nachschub mehr. Familien sind voneinander getrennt, schwere medizinische Fälle können nicht zur Behandlung nach Armenien überführt werden. Partner von von Christian Solidarity International (CSI) in Berg-Karabach berichten von einem gravierenden Mangel an Schmerzmitteln, Blutdruckmedikamenten, Windeln und anderen wichtigen Gütern.

Die Supermärkte sind fast leer. Fleisch ist nur deshalb im Überfluss vorhanden, weil die eingekesselten Menschen begonnen haben, ihr Vieh zu schlachten, für das sie kein Futter mehr haben. Aserbaidischans Belagerungspolitik führt direkt in eine humanitäre Katastrophe. John Eibner, internationaler Präsident von Christian Solidarity International (CSI): «Für die Karabach-Armenier zieht sich die Schlinge immer weiter zu, während die Welt still und regungslos zuschaut!»

Angst vor Völkermord

Normalerweise gelangen über den sogenannten Latschin-Korridor täglich 400 Tonnen Güter nach Berg-Karabach. Sie bleiben seit nunmehr 30 Tagen aus. Die Strasse wird von aserbaidischanschen Truppen und angeblichen «Öko-Aktivisten» verbarrikadiert. Als Puffer zwischen den Blockierern und den Karabach-Armeniern stehen Soldaten der russischen Friedenstruppe.

Die christlichen Einwohner befürchten, dass es bei einer Übernahme von Berg-Karabach durch Aserbaidischans zu einer ethnisch-religiösen Säuberung kommen wird. Weil alle Anzeichen dafür vorhanden sind, unterzeichnete CSI am 19. Dezember 2022 eine Genozid-Warnung. John Eibner von CSI: «Die Blockade von Berg-Karabach signalisiert die Absicht der aserbaidischanschen Regierung, eine weitere Phase im Völkermord einzuleiten.»

Aussenpolitische Kommission fordert Eingreifen

Am 10. Januar verurteilte die Aussenpolitische Kommission des Ständerats der Schweiz (APK-S) die Völkerrechtsverletzungen aufgrund der Blockade des Latschin-Korridors. Angesichts der ernsten Situation in Armenien fordert die APK-S den Bundesrat zu einer Intervention im UNO-Sicherheitsrat auf. Die Schweiz soll Druck machen, um einerseits die Aufhebung der Blockade und die Einstellung der Feindseligkeiten zu erwirken und andererseits eine humanitäre Luftbrücke zwischen Eriwan und Stepanakert, dem Hauptort von Berg-Karabach, einzurichten.

CSI unterstützt den Vorstoss der APK-S. Eine humanitäre Luftbrücke sei das Gebot der Stunde, heisst es in einer Mitteilung. Es bleibe nicht mehr viel Zeit, die Luftbrücke müsse rasch aufgebaut werden. Mit entschlossenem Handeln könne eine humanitäre Katastrophe noch abgewendet werden.

Zum Thema:

[Über 1'000 Teilnehmende: Mahnwache für Weihnachten ohne Terror](#)

[Sonntag der verfolgten Kirche: Kampf der Supermächte führt zu mehr Druck auf Christen](#)

[Im Gespräch mit John Eibner: Präsident von CSI: «Beunruhigende Zeichen von Christophobie»](#)

Datum: 14.01.2023

Quelle: Christian Solidarity International (CSI)

Tags